

Das Schleifen von Messerrücken

Michi Dietiker, Ali Jansen,
Bernhard Rosenkötter

»Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze«: Anknüpfend an Beiträge, die in KONKRET 6 + 8/92 zur politischen Wende

der RAF erschienen sind, reflektieren drei Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand die programmatische Entwicklung der RAF und setzen sich kritisch mit ihrer Neuentdeckung politischer Basisarbeit »in der Gesellschaft« auseinander

»Es gibt keine völlig neue Arbeit, am wenigsten als revolutionäre; die alte wird nur klarer weitergeführt, zum Gelingen gebracht. Die älteren Wege und Formen werden nicht ungestraft vernachlässigt, wie sich gezeigt hat.«

Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit

Die Weiterentwicklung revolutionärer Politik verlangt eine nüchterne Einschätzung der Lage und die genaue Analyse der Entwicklung, die ihr zugrunde liegt. Das gilt grundsätzlich und jederzeit. Die nüchterne Einschätzung ergibt für den antiimperialistischen Kampf in der BRD augenblicklich eine Niederlage – das haben wir mit allen Teilen der Linken, nicht nur der revolutionären, gemein.

Es geht bei dieser Feststellung nicht um das Schaffen von Nestwärme dadurch, daß wir jetzt quer durch die Fraktionen bei aller gesellschaftlichen Einsamkeit wenigstens die Niederlage gemeinsam haben. Es geht dabei erst recht nicht um die Konsumentenhaltung, bei nicht zufriedenstellender Leistung die eigene Praxis und Geschichte einfach wegzuschmeißen und nach etwas prickelnd Neuem zu suchen. Es geht auch nicht einfach um Fehlersuche. Denn das wirkliche Begreifen von Fehlern und das produktive Lernen daraus setzt zunächst das Verstehen der Geschichte voraus, das Wissen darum, was wann warum und wie gelaufen ist. Das Ziel der Auseinandersetzung liegt darin, die richtigen und weiterzuentwickelnden Momente herauszufinden, die Gründe zu erkennen, die ihre Entfaltung verhinderten (hier geht es dann auch um die vermeidbaren und die unvermeidlichen Fehler), und aus dieser Erkenntnis ihre aktuelle Bedeutung zu bestimmen. Erst so wird sie nützlich für die Rekonstruktion von revolutionärer Politik – und dieses Interesse ist schließlich die Grundlage der gemeinsamen linken Diskussion!?!

Die gegenseitige Versicherung über dieses Ziel sollte erlauben, von dem kurzzeitigen Klammern an nachträgliche Selbstvergewisserung abzulassen – eine Haltung, deren Wiederholung Georg Fülberth in »nacherade klassischer Weise« bei Thomas Ebermann entdeckte: »Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche, einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen« (Ebermann, KONKRET 6/92). Unter der Überschrift »Auf Messers Rücken« schreibt Fülberth (KONKRET 8/92): »Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. ... Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine – zugegeben: konvulsivische – Umgruppierung ... Auf Messers Schneide aber – dies wissen wir erst im nachhinein – stand dabei nichts.«

Diese Einschätzung ist zweifellos richtig. Fraglich ist aber, welche Schlußfolgerung daraus zu ziehen ist. Bei Fülberth ist es die Richtigkeit der »prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. ... Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert.« So lassen sich immerhin schon einmal erreichte Kriterien dafür retten, was falsch ist an einer ausschließlichen Konzentration auf den »sozialen Prozeß« in der Metropolengesellschaft und auf die Suche nach »poli-

tischen Lösungen von unten«.

Das kann aber nicht genügen, ebensowenig wie die Feststellung von Karl-Heinz Dellwo, daß es »eine historische und moralische Legitimation (gibt), hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben« (KONKRET 6/92). Die Richtigkeit der Stellungnahme und die Legitimität der politischen Praxis sind nur die Voraussetzungen für die wesentliche Frage: Die Frage danach, was an der konkreten Praxis nicht nur legitim, sondern politisch richtig war, und was heute politisch richtig ist!

Am Ende des Celler Interviews läßt sich Thomas Ebermann zu dem Ausruf hinreißen: »Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei« (KONKRET 6/92). Nachdem er kurz zuvor die kollektive Haltung von uns Gefangenen gegenüber den staatlich geforderten Abschwör-Ritualen als »untaktisch« qualifiziert hat, bleibt offen, was daran Selbstkritik ist und was Tribut an vermeintliches Märtyrertum. Richtig ist jedenfalls, daß der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für politische Praxis ist.

Daß – wie Fülberth feststellte – gegenwärtig kein Teil der Linken über eine Gesamtstrategie verfügt, bedeutet nicht, daß das Beharren auf einigen richtigen Elementen nur symbolisch ist. Zumindest in den letzten 25 Jahren hat keine Gruppe der Linken hier auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtstrategie operiert, es gab überall nur mehr oder weniger fundierte Analysen, darauf aufbauende Einschätzungen und Haltungen. Die Option auf die organisierte Arbeiterbewegung oder auf grüne Reformpolitik beruhte kaum auf einer Gesamtstrategie, die diesen



»Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen Sieg – das ist die Logik des Volkes« (Holger Meins) – Demonstration für den Erhalt der Hafensstraße, Hamburg, Nov. 1987

Namen verdient hätte. Der bewaffnete Kampf und der antiimperialistische Widerstand waren die Konsequenz aus bestimmten Erfahrungen und Einsichten, waren ein als notwendig erkannter Vorstoß und Versuch der Eroberung von neuem Terrain unter den veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft – auf einer Grundlage, die ursprünglich sehr viel mehr umfaßt hat als den weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen.

Was es bedeutet, unseren heutigen Standort auf dem Messerrücken festzumachen, ist eine geschichtsphilosophische Frage. Ihre Beantwortung hängt davon ab, welche Entwicklungsgesetzlichkeiten das Umdrehen des Messers bewirken könnte. Wollen wir uns der Ungewißheit dieser Frage nicht ausliefern, geht es darum, herauszufinden, welche Elemente der eigenen Geschichte wir zur Bearbeitung des Messerrückens scharf machen können – und da gibt es sicherlich mehr als die »Bereitschaft zur Konsequenz«, die »historische und moralische Legitimation« und die grundsätzliche Richtigkeit der Parteinahme.

Voraussetzung ist allerdings die etwas genauere Kenntnis unserer Geschichte. Bisher kommt sie in der Auseinandersetzung, wenn überhaupt, nur merkwürdig schemenhaft und eingegeben vor. Auch der Begriff der Niederlage hatte mal einen weniger tabuisierten Klang. »die subjektive Seite der dialektik von revolutionen und konterrevolutionen:

das entscheidende ist, daß man zu lernen versteht. durch den kampf für den kampf. aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flipps, aus den niederlagen. das ist ein gesetz des marxismus. kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen sieg – das ist die logik des volkes«, schrieb Holger Meins 1974 in einem Brief aus dem Knast.

Ein solches Selbstverständnis braucht nicht den Glauben an eine Situation auf Messers Schneide. Es steht dazu sogar in einem gewissen Widerspruch, denn es geht aus von einem zähen, langandauernden, schwierigen Kampf, in dem auch jeder wirkliche Fortschritt mit Rückschlägen und Niederlagen verbunden ist. Tatsächlich waren die Gründe für den Aufbau der Roten Armee Fraktion auch wesentlich andere: Die politische Bestimmung für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und für die Organisation der Illegalität war in erster Linie aus den Bedingungen in der BRD und Westberlin entwickelt. Die Vorstellung von einer auf Messers Schneide stehenden »instabilität des imperialistischen systems« wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten Mai-Papier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt – ohne dort allerdings die Unterschiede und Widersprüche zu den anfänglichen Einschätzungen und Bestimmungen zu thematisieren. Daß solche späteren Verschiebungen heute als immer schon

bestehende Grundlagen erscheinen können, zeigt, daß unsere Geschichte auch eine Geschichte der nicht geführten und der verhinderten Diskussionen ist. Wenn wir uns also unsere »politische geschichte nicht rauben lassen wollen«, heißt es auch, sie uns gegen die selbstverschuldeten Einebnungen zurückzuerobern.

Um das anfängliche Selbstverständnis der RAF zu skizzieren (und von da aus die späteren Veränderungen und Verschiebungen anzudeuten), müssen wir zunächst ein wenig ausholen. Selbstverständlich waren die weltweiten Kämpfe der Befreiungsbewegungen von Anfang an der Hintergrund für den Kampf in der Metropole. Im »Konzept Stadtguerilla« schreibt die RAF 1971 zu ihrem Selbstverständnis: »Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeiten – sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann.« Das war der Hintergrund, vor dem sich damals die Linke weltweit bewegte. Aber die konkrete Bestimmung ihrer Politik entwickelte die RAF aus der Situation hier: »Die Rote Armee Fraktion leugnet ... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert

Das Schleifen ...

und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat. ... Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora Bassa-Kampagne der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt...« (»Konzept Stadtguerilla«).

Es war also nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte. Im sogenannten Organisationsreferat des SDS von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl hieß es schon 1967: »Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der

likalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbare irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit werden kann. Die »Propaganda der Schüsse« (Che) in der »Dritten Welt« muß durch die »Propaganda der Tat« in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthiniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.«

Die Studentenbewegung selbst war aber nicht in der Lage, diese Vorstellungen auch wirklich umzusetzen. »Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das »Antiautoritäre Lager« sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene axis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation« (»Konzept Stadtguerilla«).

In dieser Situation mußte es darum gehen, den bereits zum Vorschein gekommenen richtigen Kern aufzugreifen und ihn in einer anderen Form weiterzuentwickeln. »Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GI's, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen...« – »Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzlichkeit zu zerstören« (ebd.).

Für diese Aufgabe aber war die illegale Organisation notwendig – auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der Bewegungen in anderen Metropolenstaaten. »Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, ... (die) nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisation von Illegalität auszunutzen und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung durch das System als Schicksalsschlag zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht« (ebd.). Das hieß jedoch nicht, daß nur die Illegalität das »echte« Kampfterrain wäre: »Wir sagen nicht, daß die Organisation illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe, und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Fortschritt und Erfolg des anderen ist« (ebd.).

Die Stadtguerilla sollte als Fraktion der Bewegung fungieren; als diejenige Fraktion, die im Zusammenwirken mit den ande-

»Es war nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte«

ren Fraktionen der Bewegung die Organisation des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Roten Armee vorantreibt – als Rote Armee Fraktion. »Unser ursprüngliches Konzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der Einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann« (ebd.).

Das war die Situation 1970/71. Die Studentenbewegung war an eine Grenze gestoßen, und es ging darum, durch Transformation der bereits angelegten richtigen Momente diese Grenze zu überwinden.

Die Genossinnen und Genossen, die nur wenige Jahre später in die Illegalität gegangen sind, machten diesen Schritt bereits aus einer sehr veränderten Situation. »Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst – politisches Subjekt, das zum Angriff kommt«, sagt Karl-Heinz Dellwo im KONKRET-Interview – der Unterschied zu den im »Konzept Stadtguerilla« formulierten Bestimmungen ist offensichtlich.

Die politischen Bedingungen hatten sich stark verändert. Apo und Studentenbewegung hatten den Sprung über ihre Grenzen nicht geschafft. Was 70/71 noch an gemeinsamer Bewegung vorhanden war, hatte sich aufgelöst in K-Gruppen und reformistische Integration. Der Entschluß zum Aufbau der Stadtguerilla war auch eine Antwort auf diese schon absehbare Tendenz, die in selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit führen mußte, »wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten« (»Konzept Stadtguerilla«).

Es war die richtige Antwort in dieser Situation, obwohl auch die bewaffnet kämpfenden Gruppen den Zerfall der Bewegung letztlich nicht aufhalten konnten. Gleichzeitig und durch diese Entwicklung begünstigt nahm die staatliche Repression massiv zu und konzentrierte sich zwangsläufig auf die im Vergleich zu den »Bewegungszeiten« leichter überschaubaren revolutionären Kräfte. Statt des Kampfes als Fraktion mußte es ohne die Bewegung nun darum gehen, die begonnene Organisation der Illegalität alleine voranzutreiben; die Genossinnen und Genossen, die den Schritt in die Illegalität mit all seinen Konsequenzen gemacht hatten und die, die in den Knästen saßen, nicht einfach im Stich zu lassen und das neu eroberte Terrain der Illegalität für künftige Mobilisierungen zu halten.

Natürlich hat sich in dieser Situation auch das Selbstverständnis der RAF verändert: »Angesichts des Zerfalls der Apo und damit der wesentlichen Bezugspunkte innerhalb der Metropolengesellschaft trat der internationalistische Bezug stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig verschob sich auch das Verhältnis zum Staat: Von der im Rahmen einer breiten politischen Mobilisierung bestimmten bewaffneten Aktion hin zu einer direkten Konfrontation, die sowohl durch die verschärfte Repression und Verfolgung draußen bedingt war als auch durch die ganz konkrete Notwendigkeit, die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Eine Notwendigkeit, die über ihre Selbstverständlichkeit hinaus auch den Grund hatte, die Gefangenen vor Folter und Vernichtung im Knast zu schützen. Es ist nicht das anfängliche Selbstverständnis der RAF, aber es ist diese Situation in den Jahren nach 1972, die Karl-Heinz Dellwo im Interview beschreibt: »Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet.«

Durch das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die Gefangenen rückte das Ziel der Gefangenenbefreiung zunehmend in den Mittelpunkt. Damit veränderte sich aber auch die Bedeutung der »Machtfrage«. Der Staat behandelte die Gefangenen als Geiseln (woran sich bis heute im Prinzip nichts geändert hat) und verknüpfte so die eigene Machtposition unmittelbar mit der Frage der Gefangenen. Was umgekehrt bedeutet, daß Gefangenenbefreiung zu einem Angriff wurde, der ganz zentral mit der gesamten Staatsmacht konfrontiert war – viel mehr als »den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen...«.

Diese Entwicklung ist aber erst im nachhinein so deutlich zu erkennen. Anfang 1975 gelang der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Lorenz noch die Befreiung von 5 Gefangenen aus den Knästen. Die Botschaftsbesetzung in Stockholm durch ein Kommando der RAF wenige Wochen später – ein Angriff in einer bisher noch nicht dagewesenen Schärfe – traf auf die harte Haltung der Bundesregierung, deren damaliger Staatssekretär Kinkel als politisch Verantwortlicher die Sicherheit der Botschaftsangehörigen dem Zerschlagungskalkül opferte.

Nach dieser Erfahrung und nach dem Tod von Ulrike Meinhof, die am 11. Mai 1976 in ihrer Zelle »erhängt aufgefunden« wurde, sollten die Aktionen des Jahres 1977, die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die geplante Entführung des Dresdner-Bank-Chefs Ponto, die Bundesregierung zum Nachgeben zwingen. Ponto und Schleyer gehörten zur Elite des BRD-Kapitals, und sie verkörperten außerdem wie kaum jemand sonst die faschistische Kontinuität der BRD: einen auf »Arisierungen«, auf Ausbeutung von KZ- und Zwangsarbeit, auf Kriegsgewinnlertum fußenden Machtanstieg, der ohne Unterbrechung nach 1945 direkt in die BRD-Eliteposition führte.

Aber diese Einschätzung ging nicht aus. Die Bundesregierung entschied sich, Schleyer zu opfern, und schreckte auch nicht davor zurück, (da Aussagen über die Todesart der Stammheimer Gefangenen in der BRD mit einer 129a-Anklage auch gegen die sie veröffentlichenden Medien unterdrückt werden, beschränken wir uns hier gezwungenermaßen auf selbst von der Bundesanwaltschaft Unbestreitbares;) die Ermordung der Gefangenen von Prominenten in der Öffentlichkeit propagieren zu lassen und sie im Krisenstab zu erörtern. Konfrontiert mit dieser geballten und vor nichts mehr zurückschreckenden Staatsmacht endeten die Aktionen von 77 mit einer umfassenden Niederlage, die von bisher nicht dagewesenem Terror und Repression gegen die legale Linke und alle auch nur halbwegs kritischen Stimmen begleitet war.

Wenn sich auch im historischen Rückblick deutlich Fehler erkennen lassen, falsche Einschätzungen der eigenen Kräfte und des staatlichen Kalküls, gehören sie wohl zu den »unvermeidlichen« (Gremliza), zu den Wegen, die vielleicht »gegangen werden mußten« (Dellwo). Nach dem Zerfall der

Apo blieb der RAF nur, alleine zu handeln; und in der Situation, in der keine Bewegung mehr politischen Druck zum Schutz der Gefangenen entfalten konnte, mußte es darum gehen, alles zu tun, um sie vor Folter und Vernichtung zu schützen: sie zu befreien.

IV Für die Entwicklung nach 1977 läßt sich allerdings keine vergleichbare Notwendigkeit behaupten. Vor dem Hintergrund der stärker werdenden sozialen Bewegungen seit Ende der 70er Jahre und der damit verbundenen Massenmilitanz formulierte die RAF ihren politischen Neuanfang im Mai-Papier von 1982. Die Niederlage von 77 wurde jetzt gleichzeitig als Beginn einer neuen Phase interpretiert: »sie hätten es fast geschafft – aber die ironie ist, daß sie genau dadurch eine situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren bedingungen weiterkämpfen konnten« (Mai-Papier). Denn die Entscheidung des Staates für die militärische Lösung »war der sprung an die spitze der reaktionären gegenoffensive zur vereinheitlichung der apparate der inneren sicherheit in westeuropa«, an ihm »ist aber auch die politische schwäche der metropolenstaaten, die innere brüchig-

»wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie bis 77 von der jetzt darin, daß es bis 77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat, und daß es jetzt darauf ankommt, daß guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen« (ebd.).

Wurde im »Konzept Stadtguerilla« das Verhältnis von bewaffneter und legaler Politik noch damit beschrieben, »daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und Fortschritt des anderen ist«, hieß es nun: »wenn auch bewaffnete, illegale organisation der kern dieser strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige kraft, wenn bewaffnete politik mit militanten angriffen, mit den kämpfen aus der ganzen breite der erdrückung und entfremdung und mit dem politischen kampf um die vermittlung ihres prozesses zusammen zu einem bewußten und gezielten angriff gegen die dreh- und angelpunkte des imperialistischen zentrums gebracht wird« (Mai-Papier). Und zwar vor dem Hintergrund einer weltweiten Schwäche des Imperialismus. Der Sieg der Befreiungsfront in Vietnam wurde als historischer Durchbruch mit weitreichenden Auswirkungen beschrieben: »die instabilität des imperialistischen systems bedeutet seitdem weltweit eine situation, in der der imperialismus mit einer niederlage an jedem punkt seines weltsystems oder dem verlust irgendeiner seiner machtpositionen ... in die endliche krise des systems kippen kann« (ebd.).

Erst hier also taucht der Glaube an eine Situation auf Messers Schneide auf – und wurde gleich zur zentralen Grundlage des strategischen Ansatzes. Mit einer gewissen Notwendigkeit, denn das neue Front-Konzept beruhte, anders als das »Konzept Stadtguerilla«, nicht auf den Erfahrungen und dem bereits geführten Kampf einer Bewegung, sondern war ein theoretisch entwickelter Ansatz, der sich ausgehend vom Kampf der Guerilla durchsetzen und in einer so erst zu schaffenden Bewegung verankern sollte.

Die Chance dafür wurde darin gesehen, daß die Polizeistaatsformierung nach 77 zu der allgemeinen Erfahrung geführt habe, daß »der imperialismus ... über keine positive, produktive perspektive mehr (verfügt), er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist« (ebd.). So wurde das ganze Problem der politischen Verankerung auf eine völlig neue Weise betrachtet: »es ist jetzt nicht mehr der punkt, die inneren veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. denn die haltung und die lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. wir stellen einfach fest: fundamentalopposition ist mit diesem system wie nie zuvor grundsätzlich fertig. kalt, illusionslos, vom staat nicht mehr zu erreichen ... da ist einfach schluß – und erst hinter dem ende des systems wird eine lebensperspektive vorstellbar« (ebd.). Vor diesem Hintergrund hieß die Konsequenz für die Bestimmung der Politik: »revolutionäre strate-

Foto: Th. Raupach



keit der ganzen nach außen so potenten struktur, so evident geworden wie nie« (ebd.).

Im offenen Widerspruch zu dem elf Jahre früher im »Konzept Stadtguerilla« formulierten Ansatz hieß es nun: »nachdem aus dem internationalen zusammenhang der kampf um die befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den sprung mit beiden beinen auf den boden der situation hier, um widerstand in der metropole in der umgekehrten bewegung von hier aus zur front im internationalen klassenkrieg zu bringen. also die strategie, die ihre wurzel hier hat« (ebd.). Anstatt die Frage zu untersuchen, wie aus den strategischen Anfangsbestimmungen, die ihre Wurzel hier hatten, der bewaffnete Kampf zum »isolierten guerillaprojekt« werden konnte und was daraus zu lernen ist, wurde die Geschichte einfach umgeschrieben.

INTERNATIONALE REIHE

Uta George - Mark Arenhövel (Hg.)
Lateinamerika:
 Kontinent vor dem Morgengrauen



U. George/M. Arenhövel
 Lateinamerika:
 Kontinent vor dem
 Morgengrauen
 Nachdenken über ein schwieriges
 Verhältnis Deutschland-Lateinamerika
 1965, Broschur
 ISBN 3-928300-07-5
 DM 19,80

NEU!

Jede die "Deutsche Conquista" in Südamerika, die deutsche Teilhabe an fortwährenden Unterdrückung, die rassistischen Beziehungen zwischen LateinamerikanerInnen und vieles mehr, das das ungleiche Verhältnis Deutschland - Lateinamerika bis heute bestimmt, wird in diesem von den AutorInnen unter die Lupe genommen.

Rosenke/T. Siepelmeyer (Hg.):
Afrika - Der vergessene Kontinent?
 16 Seiten, Broschur, DM 19,80, ISBN 3-928300-09-1
 AutorInnen: Afrika, Europa und den USA schreiben über Ausbeutung Mensch und Natur, Vernichtung des Regenwaldes, Widerstand und Kämpfe der indigenen Völker und für den afrikanischen Kontinent.

UNRAST Kollektiv:
Europa 1993 - Der große Zauber
 16 Seiten, Broschur, DM 14,80, ISBN 3-928300-08-3
 "Ergebnis der Zusammenfassung von Texten zur europäischen Vereinigung aus Belgien, BRD, Frankreich, Niederlande und Spanien."
Bestellprogramm anfordern!
 UNRAST-Verlag, Querstr.2, 4400 Münster



**Schaffen wir ein, zwei, drei...
 viele Barrel Öl nach Kuba!
 Weg mit der US-Blockade!**

Preis: 8.111,58 DM
 erschienen am 30.9.1992



Das Recht des kubanischen Volkes auf eine freie Entwicklung muß gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.
 Für Cuba weiterhin solidarische Unterstützung!

Bankkonto 132 975 707
 Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00
 Postfach 100 Wardenbach

Bestelladresse: Dorothee Piermont,
 Postfach 21 02 32, 5300 Bonn 2,
 Tel. 0228/6 91 98

Das Schleifen ...

Die Strategie ist hier einfach die Strategie gegen ihre Strategie, die ihren strategischen Plan in ihren konkreten Projekten angreift und durch den materiellen Angriff die imperialistische Offensive nach innen und außen politisch bricht und damit Bewußtsein schafft, das neuer Widerstand und Prozeß der Front national wie international wird, die ihre Pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können« (ebd.).

Es ist deutlich: Hier wird das, was in der Entwicklung bis 77 die vielleicht unvermeidliche Bewegung weg vom Ausgangskonzept war, zum Programm erklärt. Die Gesellschaft wird nur noch von außen wahrgenommen, Analyse beschränkt sich auf die Untersuchung der imperialistischen Pläne und Nato-Strategien, militärische Guerillaaktionen werden zum politischen Kern. Politische Auseinandersetzungen und Vermittlung entwickeln sich nicht aus gesellschaftlichen Widersprüchen, sondern beschränken sich auf Angriff und angestrebte Verhinderung der fortgeschrittensten strategischen Projekte des imperialistischen »Gesamtsystems«. Der Bruch mit der Metropolenrealität wird zur Bewußtseinsgrundlage – nicht mehr als aufklärerische »Irregularität«, sondern als subjektiver Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropole.

Etwas theoretischer formuliert: Mit dem Aufbau der Roten Armee Fraktion ging es ursprünglich darum, die von der Studentenbewegung theoretisch erkannte totale Verdinglichung des Lebens im Spätkapitalismus zu durchbrechen, ein Kampfterrain zu eröffnen, auf dem die wesentlichen Elemente der »spontanen Irregularität« zu einer kontinuierlichen und nicht mehr integrierbaren politischen Praxis entwickelt werden können. Im Mai-Papier dagegen drückt sich die Verdinglichung eben der Schritte und Formen aus, die ursprünglich gerade das Durchbrechen der totalen Verdinglichung ermöglichen sollten.

Das aber verlangte Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die damals nicht weniger falsch waren, als sie es heute sind: Die Behauptung eines weltweiten Kräfteverhältnisses, das die imperialistische Herrschaft auf Messers Schneide stellt, und die Behauptung vom Verlust der (im Konzept Stadtguerilla noch als Ausgangspunkt verstandenen) Integrationsfähigkeit des Kapitalismus: »die offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische Variante, Sozialdemokratismus und verdeckter Krieg, auf allen Ebenen aufgelaufen ist. ... weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben – bzw. darin kommt sie auf ihren reinen Begriff« (Erklärung der Gefangenen aus der RAF zu 77, 1984 im Stammheimer Prozeß). Damit waren dem Front-Konzept von vornherein die Grenzen gesetzt, an denen es auflaufen mußte – spätestens dann, als sich in der Niederlage nicht länger übersehen ließ, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Metropole doch vielschichtiger und widersprüchlicher ist.

Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80er Jahren breiter Widerstand entwickelt, Ansätze zu einer revolutionären Bewegung wie in keinem anderen europäischen Land zu dieser Zeit. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte. Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung, war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: Die Existenz einer grundlegenden und unversöhnlichen Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend schluckt, reformistisch oder direkt kapitalnützlich umbiegt oder abblockt; in einem System, in dessen Rahmen viele wirklich keinen Lebensinn sehen konnten, das sich aber als allumfassend und ausweglos darzustellen sucht. Diese Selbstinszenierung der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft als quasi pragmatischer Gesamtsachzwang, als beste aller historisch möglichen Gesellschaften, die zunächst nicht durchschaubar ist, wurde in den Angriffen der Guerilla durchbrochen, mit denen konkrete Verantwortlichkeit erkennbar gemacht und die Angreifbarkeit des Systems bewiesen werden sollte. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Ausstrahlung des konsequenten Kampfes der Gefangenen, den auch das Isolationsregime der Hochsicherheitstrakte nicht brechen konnte.

Es gab ein starkes Bedürfnis bei vielen, die von all diesen Momenten angesprochen wurden, sie aufgriffen, sich aneigneten und weiterzuentwickeln suchten. Anti-Nato-Mobilisierungen wie die Bush-Demo in Krefeld 1983, die Vielzahl militanter Aktionen in den Jahren 85/86 oder der Antimperialistische Kongreß in Frankfurt 1986 seien hier nur als Beispiele für diese Entwicklung erwähnt. Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die bereits im Ansatz präformierten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Statt dessen führte das zur immer stärkeren Verdinglichung des politischen Bewußtseins: Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des »Bruchs«, zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin.

Mit teilweise verheerenden Folgen, die Lutz Tafer in seinem »Brief an einen Gefangenen« (KONKRET 8/92) ganz zutreffend als »reaktionäre Symbiose« von wortführenden Aktivisten und apologetenhaften Anhängern beschreibt. Daß wir ein »wehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwickeln«, wird aber verhindert, wenn nur die oberflächliche Erscheinung der »reaktionären Symbiose« beschrieben wird: »Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen« (Tafer, ebd.). Denn tatsächlich gibt es dabei mehrere Seiten.

Auch die Gefangenen aus der RAF haben die Diskussion um die im Mai-Papier formulierte Politik der »bewaffneten Aktion« zumindest nicht forciert. Dieser Zusammenhang aber darf nicht länger aus der

Auseinandersetzung verdrängt werden. Wird seine Untersuchung nicht zum Ausgangspunkt gemacht, erscheint alles übrige nur als leichtfertige Schuldzuweisung für den individuellen Sprung aus dem Schlamassel – und läßt die Grundstrukturen unangetastet, statt an ihrer Überwindung zu arbeiten.

V Denn die Gefahr der heutigen Situation liegt darin, daß dieses verdinglichte Bewußtsein, nachdem es unlegbar an seine Grenze gestoßen ist, nun – anstatt durch Reflexion und selbstkritische Untersuchung seine Grenzen zu überwinden – undialektisch in sein scheinbares Gegenteil umschlägt: An die Stelle, die vorher das »Gesamtsystem« und die imperialistische Strategie eingenommen haben, treten plötzlich, als das Neue, das Andere, die »sozialen Prozesse in der Gesellschaft«.

»Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft«, so Karl-Heinz Dellwo im KONKRET-Interview. Daß die spätkapitalistische Metropolengesellschaft über keinen sozialen Sinn verfügt, war allerdings schon Ausgangspunkt der Apo. Ihre Stärke beruhte auf der Entwicklung eines eigenen »sozialen Sinns«, aus dem dann auch der bewaffnete Kampf hervorgegangen ist – der ihn allerdings in der eskalierenden Konfrontation mit der Staatsmacht immer mehr verloren hat. Im Mai-Papier sollte dann das Fehlen des »sozialen Sinns«, das Fehlen jeglicher Lebensperspektive im System alleine schon die Möglichkeit der revolutionären Front begründen. Heute ist unübersehbar, daß die Konfrontation mit der Staatsmacht keine ausreichende politische Grundlage sein kann. Aber wenn nicht gemeint ist, daß es unsere neue Aufgabe wäre, der bestehenden Gesellschaft einen Sinn zu stiften, dann ist das Fehlen des »sozialen Gedankens« nichts »anderes«, nichts Neues, sondern das, wovon revolutionäre Politik immer schon auszugehen hatte: die Notwendigkeit, im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse einen sozialen Sinn zu entwickeln, der diese transzendiert.

Tatsächlich etwas völlig Neues ist aber, wenn Karl-Heinz Dellwo jetzt sagt: »Für mich hat RAF bedeutet, ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde« (ebd.). Denn ein Vernichtungsverhältnis läßt sich nur da aufbrechen, wo der zugrundeliegende Widerspruch nicht mehr antagonistisch ist. Wer jetzt feststellt: »Wir müssen unser Getto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück« (Täufer, KONKRET 8/92), ohne daran die allererste selbstkritische Frage anzuschließen, wie es nämlich zum damit unterstellten Herausfallen aus der Gesellschaft kommen konnte, für den trifft wirklich zu: »Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert« (Täufer, ebd.).

Es ist diese Gefahr, vor der auch Fülberth zu Recht warnt: daß nämlich in der Euphorie über die neuentdeckten Betätigungs-

möglichkeiten beim Erobern von »Räumen« in der Gesellschaft und bei der Suche nach »Lösungen von unten« leicht vergessen werden kann, daß es (wenn dieses Wort einen Sinn haben soll) keine Lösungen unterhalb der Revolution, im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt. Natürlich geht es um Selbstorganisation, geht es um einen »sozialen Sinn«, darum, Ansätze für ein anderes Leben, jenseits der Herrschaft von Geld und Waren, zu erkämpfen und so Schritt für Schritt Raum zu erobern. Darum ging es auch bei der Gründung der RAF. Gefährlich sind nicht die »sozialen Gegenden«, sondern das Verhältnis, mit dem wir uns ihnen nähern. Dann nämlich, wenn die Haltung, die politische Basisarbeit – sei es in Bürgerinitiativen oder anderen legalen Gruppen, sei es in Gewerkschaften, im Betrieb, an Schulen und Unis –, die zum Teil sogar Ausbildung und Berufsarbeit als »Counter« gebrandmarkt hat, jetzt plötzlich schlicht gewendet wird.

Es ist weniger das tatsächliche Herausfallen (das so total nie war, sonst hätte der antiimperialistische Widerstand nicht so vielfältig und relativ zahlreich sein können) als die im Mai-Papier formulierte mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft, die zu dem jetzt auftauchenden Rückkehr-Bedürfnis geführt hat. Die Neuentdeckung politischer Basisarbeit »in der Gesellschaft« beruht weniger auf deren neuer Qualität als auf der Ignorierung dieses Hintergrunds.

VI Das Problem ist nur, daß sich aus politischer Basisarbeit nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt. Mit dieser Erkenntnis sind wir wieder bei den Fragen der Studentenbewegung angelangt. Die Tatsache, daß die damaligen Antworten heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu schmeißen. Deutlich wird das an einer Äußerung von Knut Folkerts im KONKRET-Interview: »Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung – was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z. B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung.«

Daß Befreiung nicht abstrakt bleiben und daß Ziele nicht völlig außerhalb der Lebenswirklichkeit wurzeln dürfen, ist sicher richtig – aber nicht erst seit gestern. Schon vor längerem hatte Marx deswegen mal das Kapital als die bestimmende Sphäre der Lebenswirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft analysiert, um so den Idealismus der utopischen Sozialisten auf eine materielle

Krisis

beiträge zur kritik der warengesellschaft

12

Roswitha Scholz: Der Wert ist der Maßstab
Ernst Lohoff: Sexus und Arbeit
Norbert Trenkle: Differenz und Gleichheit
Robert Kurz: Geschlechterverhältnisse
Johanna W. Stahlmann: Thesen über das Ende des Schönen

203 S.

DM 18,00

ISBN 3-927905-62-3

Das Jahrhundertthema: Geschlechterverhältnisse

Die Warengesellschaft ist keine Verdrängung jenseits von Alltag und Intimität, sie hat gerade in diesen Bereichen ihre heimliche logische und praktische Voraussetzung. Was aus dem männlich besetzten öffentlichen Raum von Markt und Staat ausgeblendet wird, bleibt dennoch die »dunkle Rückseite« wesentliches Moment negativer Vergesellschaftung. Die modernen Zuschreibungen auf das »Weibliche« sind es, in denen das Verhältnis von Rationalität und Irrationalität verräterisch wird.

Die neue Ausgabe der KRISIS versucht, die theoretische Paralyse in dieser Frage zu überwinden. Außer diesem Schwerpunktthema wird in einem Thesenartikel die Auseinandersetzung mit der »Krise der Kunst« aufgenommen, in der sich die Krise der Warenform reflektiert.

edition **HORLEMAN**
krisis Lohfelder Straße 1

HORLEMANN D-5340 Bad Honnef
Tel. (0 22 24) 55 89 · Fax. (0 22 24) 54

Fordern Sie das kostenlose Gesamtverzeichnis!

Das Schleifen ...

Grundlage stellen zu können. So konnte er das Proletariat und die Industrialisierung als diejenigen »Wirklichkeitsmomente in der Gegenwart« bestimmen, von denen aus revolutionäre Politik im langandauernden Übergangsprozeß damals entwickelt werden mußte. Seither geht es darum, was unter dem »Wirklichkeitsmoment« für die konkrete politische Arbeit zu verstehen ist. Lenin oder Luxemburg etwa haben das als Problem von Reform und Revolution untersucht und auch heute noch Lesenswertes darüber geschrieben. Darauf aufbauend hatte die RAF im »Konzept Stadtguerilla« festgestellt: »Die »revolutionären Übergangsforderungen«, die die proletarischen Organisationen landauf landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit ... etc., – diese Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden.«

Die Gründung der RAF als damalige Antwort kann heute natürlich nicht stupide wiederholt werden. Aber richtig bleibt, daß sich heute genauso allen Veränderungen, die auf eine Überwindung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit zielen, mächtige und aggressive Kräfte in den Weg stellen. Zudem ist die Erkenntnis des Zusammenhangs von struktureller Arbeitslosigkeit und möglicher Aufhebung der Arbeit nicht neu, die IG Metall beispielsweise gründet darauf seit Ende der 70er Jahre ihre Tarifpolitik. 1980 formulierte André Gorz seinen »Abschied vom Proletariat«, mit dem er aus dem Gedanken der »möglichen Aufhebung der Arbeit« ein Modell entwickelt, das ebenso zwangsläufig wie konsequent die Grundlagen der Metropolengesellschaft, nämlich die imperialistische Arbeitsteilung des Weltmarkts, unberührt läßt.

Wenn es jedoch um mehr geht als um die andere Verteilung des geraubten Profits zur Aufrechterhaltung des zerstörerischen Konsumwahns, dann sind gesellschaftliche Umwälzungen nötig, die ein Ende des gift- und müllproduzierenden Metropolenwohlstands, eine Umwälzung der imperialistischen Weltmarkt-Arbeitsteilung mit sich bringen – und somit zwangsläufig ein Mehr an Arbeit für alle Menschen weltweit.

Die Vorstellung von der Abschaffung der Arbeit ist nur der konsequent zu Ende gedachte sozialdemokratische Gedanke von Umverteilung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse. Wenn der Zusammenbruch des Realsozialismus als Zeichen einer zu Ende gegangenen Epoche etwas gezeigt hat, dann ist es die Priorität von Eigeninitiative, von Selbstorganisation. Statt um »Abschaffung der Arbeit« geht es um die Verfügungsgewalt: um die gleichberechtigte Selbstbestimmung aller beteiligten Menschen darüber, was und wie produziert wird.

Auch ohne eine fertige Antwort auf die Frage nach der praktischen Durchsetzbarkeit dieses Zieles wird an dem Beispiel deutlich, warum revolutionäre Politik nicht unmittelbar auf das zurückgreifen kann, was in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon vorhanden ist. Das »Wirklichkeitsmoment« ist das in dieser Gesellschaft nicht lösbare Problem der Massenarbeitslosigkeit, aber durch die eurozentristische Vorstellung einer »Aufhebung der Arbeit« wird es sich gerade nicht revolutionär überwinden lassen. Andererseits ist der Gedanke von Selbstorganisation in den real existierenden Arbeitskämpfen so gut wie nicht vorhanden. Aufgabe revolutionärer Politik ist deshalb, ihn dort hineinzutragen. Das setzt aber eine Verankerung in dieser »sozialen Gegend« voraus, die in der antiimperialistischen Linken bisher tendenziell für überflüssig oder falsch gehalten wurde. Diese Verankerung, dort wie in anderen »sozialen Gegenden«, ist die Korrektur eines Fehlers, ist Voraussetzung für, ist aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie. Nicht die »sozialen Gegenden«, sondern diese Verwechslung ist das »Brandgefährliche«, »wo der Reformismus lauert«.

Dasselbe gilt für die »sozialen Prozesse in der Gesellschaft«. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden in den unterschiedlichsten Bereichen soziale Bewegungen, in denen eine Vielzahl von Erfahrungen gesammelt wurden. Sie alle sind später je für sich an eine Grenze gestoßen, nämlich an die Macht und an die Integrationsfähigkeit des Kapitals. Schon vorher gewußt zu haben, daß sie ihre Ziele gegen diese Macht nicht einfach würden durchsetzen können, rechtfertigt nicht ihre Geringschätzung durch die antiimperialistische Linke als »Teilbereichskämpfe«, die vom echten revolutionären Kampf

umgekehrt das Wissen um ihre Begrenztheit aufzugeben, wäre ein ebenso schlimmer Fehler, genauer: die Fortsetzung des alten mit umgekehrtem Vorzeichen. Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit als auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen. Das gilt gleichermaßen für die Kämpfe der sozialen Bewegungen wie für die des antiimperialistischen Widerstands. Statt der bedingungslosen Identifikation mit den einzelnen Forderungen und den jeweiligen Parolen geht es darum, diese Eingebundenheit und Widersprüchlichkeit zu erkennen und ertragen zu lernen. (Wir empfehlen: Mao lesen, z. B. »Über den Widerspruch«!) Denn es gibt keine einfachen, gradlinigen, unverrückbaren Siege, der revolutionäre Prozeß ist keine Entscheidungsschlacht. Erst dieses Bewußtsein setzt uns in die Lage, ein Leben lang zu kämpfen, anstatt in grandiosen Anstrengungen auszubrennen, um sich dann zurückzuziehen. Daraus erst entsteht Identität, die auch für andere erkennbar sein wird, das ist der Schritt von Subkultur zu eigener Kultur – und endlich auch die Überwindung der vielbeklagten Unfähigkeit zu solidarisch-kritischem Streit.

VII

Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze: Anders als bei der Grenze, an die die Apo 1970 gestoßen war, geht es heute nicht um eine Transformation der fortgeschrittensten Praxis in eine höher organisierte Form, sondern es geht zunächst nur um die Bestimmung der nach wie vor gültigen Analysegrundlagen und derjenigen Elemente unserer Geschichte, die in veränderten, heute angemessenen Ansätzen und Formen weiterentwickelt werden sollen.

Einige zentrale Ausgangsbedingungen sind immer noch dieselben wie vor 25 Jahren, wenn auch in extrem verschärfter Form: Das Problem der Entfremdung, der Verdinglichung aller menschlichen Verhältnisse, der zunehmenden Kapitalisierung und warenförmigen Durchdringung aller Lebensbereiche. Voraussetzung für die Subjektwerdung, für den Aufbau von Formen der Selbstorganisation, ist nach wie vor ein »Bruch« mit dieser umfassenden gesellschaftlichen Fremdbestimmung. »Bruch« darf aber weder autonome Selbstgettoisierung sein noch Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropolengesellschaft durch die Identifikation mit einem illegalen Terrain, das zudem isoliert ist und nicht Fraktion einer Bewegung. Trotzdem muß er, als Bruch in der Wertsetzung, als Bruch mit der kapitalistischen Determination, im eigenen Leben für andere erkennbar sein. Anstelle des Holzhammervershältnisses »Jeder muß sich entscheiden« geht es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen Schritt für Schritt diesen Bruch mit den Werten des metropoliten Konsumalltags vollziehen kön-

■ **»Die Vorstellung von der Abschaffung der Arbeit ist nur der konsequent zu Ende gedachte sozialdemokratische Gedanke von Umverteilung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse«** ■

gegen die imperialistischen Zentren eher ablenken würden. Sicher, die AKWs stehen noch, die Startbahn West ist gebaut, die Häuser sind geräumt, die Raketen stationiert – doch auch hier ist der Erfolg nicht das einzige Kriterium.

Mit der neuen Entdeckung der »sozialen Prozesse« und ihrer Bedeutung aber

nen. Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar. Genauso, wie es falsch ist, in der illegalen bewaffneten Aktion die Verkörperung des »Bruchs« zu sehen, die höchste Form revolutionärer Politik schlechthin, so ist es falsch, den bewaffneten Kampf mit dem »Sturm aufs Winterpalais«, mit einer letzten Aufstandsphase zu identifizieren, wie Fülberth das in schlechter DKP-Tradition tut. Im Fall der russischen Revolution ist letzteres

»Das Problem ist nur, daß sich aus politischer Bereitschaft nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt«

übrigens auch historisch falsch, denn trotz aller Widersprüche war der »Terrorismus« der Narodniki in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein wichtiger Vorläufer, ohne den die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland nicht verstanden werden kann.

Damit soll natürlich keine Analogie zur heutigen Situation zusammengeschustert werden, aber das Winterpalais-Argument fällt sogar unter das politische Niveau der Friedensbewegung zurück, die immerhin mit Sitzblockaden schon Formen massenhaften zivilen Ungehorsams organisiert hat, und zwar bewußt als Sabotage, als Angriff auf das herrschende Gesetz, anstatt alles auf eine spätere Ausnahme-situation namens Aufstand zu verschieben.

Gleichzeitig geht es um die Suche nach denjenigen Wirklichkeitsmomenten in der Gesellschaft, die den grundlegenden Widerspruch und seine mögliche Aufhebung beinhalten. Anders als vor 20 Jahren, vor dem Hintergrund einer breiten Bewegung mit starken revolutionären Impulsen, sind diese heute aber nicht in den gesellschaftlichen Konflikten schon aufgreifbar vorhanden. Vorhanden sind die Probleme, an denen sich der Widerspruch zeigt, aber die Momente seiner möglichen Aufhebung können zunächst nur abstrakt bestimmt werden: Jede Konkretion als »Lösung von unten« mündet zwangsläufig in Reformismus. Wirkliche Konkretion kann nur im praktischen Kampf erfolgen, auf der Grundlage des Bewußtseins, daß es keine Lösungen unterhalb der Revolution gibt und daß die Richtigkeit jedes einzelnen Schrittes sich daran bemißt, ob er den Blick auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang freilegt oder verschüttet.

Statt der unbeantwortbaren Frage nach einer Gesamtstrategie oder einer Zentralperspektive geht es also um die immer weitergehende Bestimmung von Kriterien

und deren schrittweise Konkretion in der Praxis. Diese Kriterien können zunächst nur abstrakt bestimmt werden, denn die Entwicklung revolutionärer Politik verläuft dialektisch: Sie verläuft unausweichlich in dem ständigen Widerspruch von abstraktem Wertmaßstab und notwendig unzulänglicher praktisch-gesellschaftlicher Umsetzung.

Es gibt die lange Tradition eines falschen, positivistischen Verständnisses der gesellschaftlichen Widersprüche, die letztlich in allen Fehlern und Niederlagen linker Politik eine Rolle gespielt hat. Diesem Verständnis erscheinen gesellschaftliche Widersprüche als etwas Äußerliches, sie müßten nur richtig erkannt werden und linke Politik könnte dann auf der »unteren« Seite dieses Widerspruchs eindeutig, klar und in sich widerspruchsfrei Position beziehen. Das ist keine Eigenart der alten Lehre vom Hauptwiderspruch Kapitalverhältnis, dem alles andere als Nebenwiderspruch untergeordnet wurde, es hat genauso in dem reduzierten Antiimperialismus-Begriff der 80er Jahre eine wichtige Rolle gespielt.

Tatsächlich aber ziehen sich die Widersprüche immer und unausweichlich auch durch die eigene Praxis. Es gibt keinen »Bruch«, kein Programm und keine Strategie, mit dem wir uns selbst aus den widersprüchlichen Zusammenhängen von Rassismus, Sexismus und Klassenwiderspruch hinauskatapultieren könnten. Revolutionäre Politik kann nicht durch die Bestimmung einer »richtigen« Praxis oder einer »richtigen« Position aufgebaut werden, sondern nur durch ständige kritische und selbstkritische Überprüfung, Veränderung, Weiterentwicklung, erneute Überprüfung und so weiter – in einem Prozeß, in dem die Kriterien durch die Praxis zunehmend an Umfang und Deutlichkeit gewinnen.

Welche Kriterien aus unserer Geschichte zu gewinnen sind, haben wir zu skizzieren versucht. Sie bleiben vorerst relativ abstrakt. Aber nicht das Fehlen von Wirklichkeitsmomenten, nicht das Fehlen klarer Vorgaben ist das Problem, sondern das Bedürfnis nach eindeutigen Gewißheiten, nach einer widerspruchsfreien Position. Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, die sich nicht selbst wieder fesselt und verdinglicht, müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden. Hier wird der Mut zur Befreiung gebraucht.

Voraussetzung ist das Wissen um den grundlegenden Antagonismus. Aber lebendige revolutionäre Politik kann nur aus der praktischen Kenntnis und der Verankerung in den vielfältigen gesellschaftlichen Widersprüchen entstehen, aus der Neugier auf das Leben. »Es gibt riesige Täuschungen der Unwissenheit, Betrug an falscher Phantasie, Weihrauch über durchschaubaren Gefühlen. Doch es gibt auch rote Geheimnisse in der Welt, ja nur rote« (Ernst Bloch).

Michi Dietiker, Ali Jansen (von 1970 – '81 Gefangener aus der RAF), Bernhard Rosenkötter, Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand, sind in Butzbach bzw. Schwalmstadt inhaftiert.

Critica Diabolis

Wolfgang Pohrt

Das Jahr danach

Ein Bericht über die Vorkriegszeit



Edition
TIAMAT

Ein Buch über die Vorkriegszeit – über Golfkrieg, Ausländerverfolgung und Serbienfeldzug.

352 Seiten, 36.- DM



Ein Plädoyer, den salbungsvollen Ton der Betroffenheit durch die Ostpastorenopposition zu beenden.

112 Seiten, 20.- DM



Edition
TIAMAT

Grimmstr. 26 – 1000 Berlin 61